

Beata Lakeberg,
Hans-Christian Pust (Hrsg.)

**Atom
Str
Protest**

**50 JAHRE WYHL
UND ANDERSWO**

Inhalts-

Geleitwort	08
Karte: Gebiet Oberrhein	12
Warum Wyhl? – Versuch einer Ortsbestimmung <u>Rupert Schaab</u>	14
Atomenergie – das Scheitern einer technischen Innovation? <u>Jan-Henrik Meyer</u>	26
Die nukleare Option – vom Hoffnungsträger zum Risikofaktor <u>Ortwin Renn</u>	36
Das offene Ende der Atomkraft – zur Geschichte der Endlagerung in Deutschland <u>Anselm Tiggemann</u>	50

Die Europäische Atomgemeinschaft	68
– die europäische „Energielücke“ und Visionen eines friedlichen „Atomzeitalters“ nach dem Zweiten Weltkrieg	
<u>Eva Oberloskamp</u>	
Protest und Widerstand gegen die Ansiedlung der Bundes-Reaktorstation in Karlsruhe (September 1955 – September 1958)	78
<u>Rolf-Jürgen Gleitsmann-Topp</u>	
Eine Anti-Atom-Bewegung in der DDR?!	88
<u>Daniel Häfner</u>	
Die Beteiligung der (evangelischen) Kirche am Konflikt um ‚Wyhl‘	100
<u>Tim Schedel</u>	
Chronologie	108

Verzeichnis

„Kernenergie akzeptabel für die Bevölkerung machen“ – Bonn und der Anti-AKW-Protest <u>Philipp Gassert</u>	116
Protest gegen Atomkraftwerke – eine Schule der Demokratie? <u>Carol Hager</u>	130
Bürgerinitiativen und die Geburt der Grünen <u>Christoph Becker-Schaum</u>	142
Performative Formen des Protests <u>Richard Rohrmoser</u>	152
Das „Beispiel Wyhl“ – lokaler Protest im Oberrheintal und seine Breitenwirkung <u>Stephen Milder</u>	162
Volkshochschule Wyhler Wald – Selbstinformation und Zusammenhalt im Protest <u>Ulrich Eith</u>	176
Aus der Not geboren – Wyhl, Gegenöffentlichkeit und Radio Dreyeckland <u>Klaus Schramm</u>	192

Die Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein – Chancen und Grenzen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im „Dreieckland“ <u>Natalie Frickel-Pohl</u>	202
Karte: Atomkraft in Deutschland	216
Abkürzungsverzeichnis	218
Literatur	220
Autor:innen Biogramme	226
Danksagungen	229

Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 geriet Deutschland zum zweiten Mal nach 1945 in die Lage, eine ernste Energiekrise bewältigen zu müssen. Das erste Mal liegt fast fünfzig Jahre zurück: 1973, bei Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges und der anschließenden Drosselung von Rohöllieferungen durch die OPEC-Staaten an den Westen, befand sich die Bundesrepublik Deutschland auf dem Höhepunkt ihres wirtschaftlichen Erfolgs. Kaum jemand konnte sich vorstellen, dass die Ressource Erdöl endlich sein könnte oder dass politische Entwicklungen Auslöser für eine Verknappung werden. Und beseelt vom Fortschrittsglauben der Zeit forcierte man seit den 1950er Jahren die Planungen und Umsetzung von kerntechnischen Anlagen für die intensive Nutzung von ziviler Kernenergie.

Sowohl 1973 als auch 2022 zeigte sich auf drastische Weise die große Abhängigkeit Deutschlands von Staaten, die über fossile Rohstoffe verfügen, auf die das Land und seine Wirtschaft bis heute angewiesen sind. Und beide Male waren und sind die Reaktionen ähnlich.

8

Bundeskanzler Willy Brandt erklärte den Deutschen auf dem Höhepunkt der Erdölkrise Ende November 1973: „Die Energiekrise kann auch zu einer Chance werden.“ Wie die Chance aussehen sollte, wurde bereits wenige Tage später mit dem „Vierten Atomprogramm“ im Bundestag besiegelt. Es sollte bis Mitte der 1980er Jahre umgesetzt werden und sowohl den wachsenden Strombedarf der Bundesrepublik sauber, sicher und billig decken als auch die Abhängigkeit von Rohöl aus den OPEC-Ländern minimieren. Kritisch gesehen wurde diese Entwicklung nur von sehr wenigen.

Und 2022? Umgehend nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde der Weiterbetrieb bestehender und der Bau neuer Kernkraftwerke in Deutschland wieder ins Gespräch gebracht. Auf diese Weise könne das Land aus der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl befreit werden, heiß und heißt es. Die Argumente klingen wie vor 50 Jahren. Der scheinbar preiswerte und vermeintlich klimafreundliche Atomstrom soll die wirtschaftliche Prosperität des Landes absichern und den Menschen weiterhin Wachstum und Wohlstand garantieren. Vergessen haben die Protagonisten dieses Diskurses offensichtlich Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) und unzählige Störfälle weltweit. Die Befürworter verlieren auch kein Wort darüber, dass es bis heute keine Lösung für den atomaren Abfall gibt, der über viele Jahrhunderte hinweg hochgiftig sein wird.

Das ambitionierte Ausstellungsprojekt „Atom.Strom.Protest. 50 Jahre Wyhl und anderswo“ der Württembergischen Landesbibliothek und ihrer Partnerinnen und Partner ist auch im Licht dieser aktuellen Entwicklungen und Proteste zu sehen. Es ist daher mehr als die historische Würdigung der Leistung und Wirkmacht der Wyhler Antiatomkraftbewegung, die als Blaupause für die neuen sozialen Bewegungen im Deutschland der 1970er und 1980er Jahre gilt.

Das Ziel dieser Bürgerbewegung: Das Kernkraftwerk Wyhl sollte nicht gebaut werden. Ein wichtiger Aspekt dabei war, durch Sachaufklärung die Menschen zu informieren und für den Widerstand zu gewinnen. Dabei zeichnete die Bewegung sich durch gut organisierten Protest, wissenschaftsbasierte Erkenntnisse und die heterogene Zusammensetzung der beteiligten Gruppen aus. Man suchte den Dialog mit den politisch Verantwortlichen, wollte gehört werden, die Ernsthaftigkeit der Argumente gewürdigt und im politischen Entscheidungsprozess als gleichwertig anerkannt wissen. Das war neu.

Es war für die Politik eine bis dahin unbekannte und eher befremdliche Erkenntnis, dass Bürgerinnen und Bürger in der Lage waren, sich Kompetenzen anzueignen, mit den so gewonnenen Fakten Regierungshandeln infrage zu stellen und dafür eine relevante Öffentlichkeit zu schaffen. Das bedeutete auch, Menschen aller Altersgruppen und verschiedenster gesellschaftlicher Milieus zu gewinnen. Bauern und Bäuerinnen, Studierende, Handwerker, Professoren und Schülerinnen kämpften für das gleiche Ziel. Sie erfanden neue Protestformen, besetzten den Bauplatz, gründeten die Volkshochschule Wyhler Wald und das freie Radio Dreyeckland.

Heute wissen wir, dass es noch viele weitere Jahrzehnte dauern sollte, bis sich neue, konstruktive Dialogformen als Bindeglied von Staat und Zivilgesellschaft etablieren konnten. Es war Winfried Kretschmann, erster Grüner Ministerpräsident in Baden-Württemberg, der 2011 die „Politik des Gehörtwerdens“ als grundlegendes Moment für das Regierungshandeln institutionalisierte. Er schuf das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Seitdem zeigen Bürgerdialoge und Bürgerforen mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, wie Information und Diskurs bei schwierigen Prozessen der Entscheidungsfindung bereits im Vorfeld zu einer anderen Kultur der Auseinandersetzung um die beste Lösung beitragen. Zwei Drittel der Menschen in Baden-Württemberg stehen hinter diesem Weg des gesellschaftlichen Aushandelns unterschiedlichster Interessen – unabhängig davon, wie die Abstimmung im Parlament am Ende ausfällt.

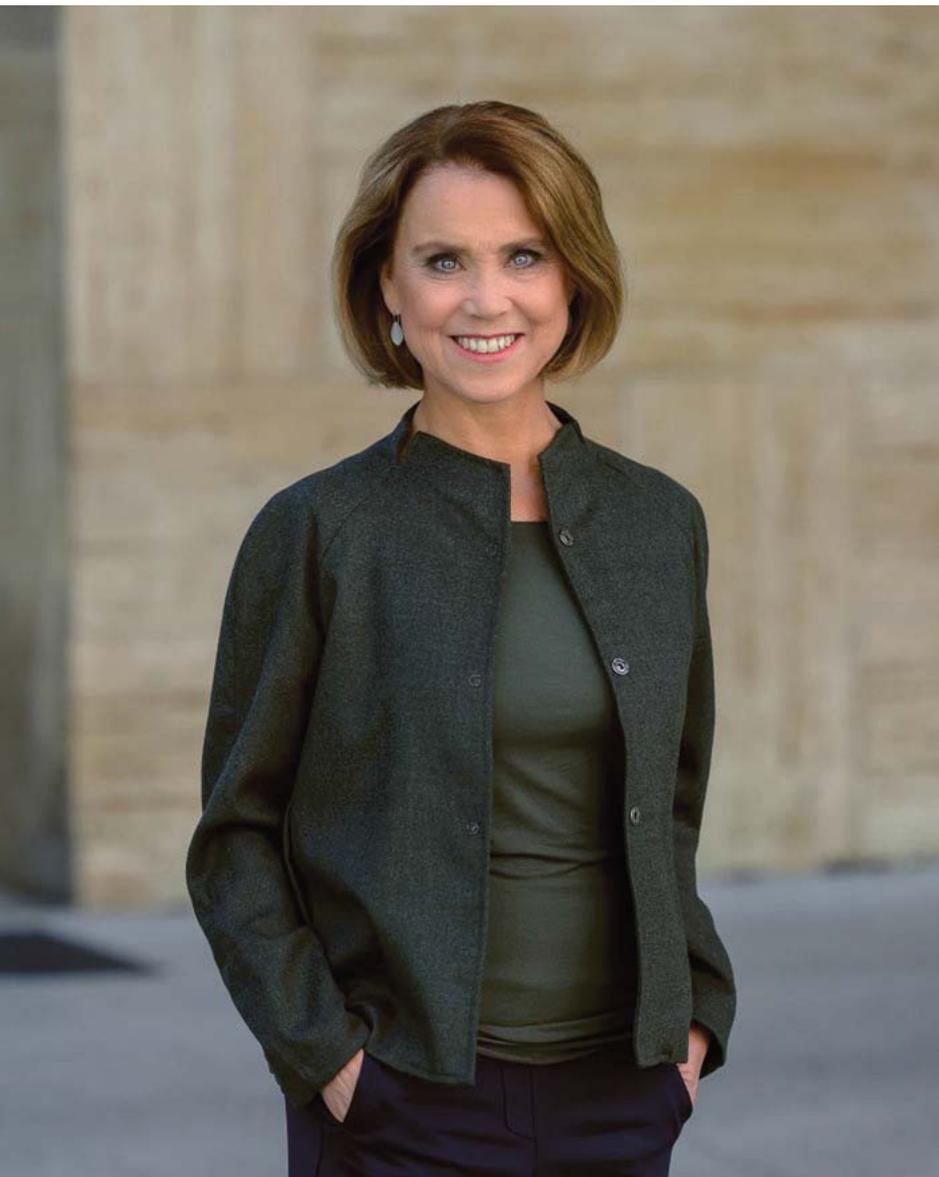
Die Ausstellung und der hier vorliegende Begleitband zum Protest in Wyhl sind daher ein wichtiger Beitrag für die Diskussionen um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei Entscheidungen, die Politik und Gesellschaft zu den wichtigen Themen unserer Zeit treffen.

Zur Realisierung haben eine Vielzahl von Einrichtungen und Personen beigetragen. Mein Dank geht an die Württembergische Landesbibliothek, deren Kooperationspartner wie dem Landesarchiv Baden-Württemberg, dem Haus des Dokumentarfilms, dem Archiv des Südwestdeutschen Rundfunks, dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, dem Kreisarchiv des Landkreises Emmendingen und der Laka Foundation Amsterdam sowie an alle Leihgeber. Ich danke auch dem gesamten Ausstellungsteam, den Herausgeberinnen und Herausgebern sowie Autorinnen und Autoren, die zum Gelingen der Ausstellung und zur Realisierung des Begleitbandes beigetragen haben. Nicht zuletzt danke ich der Württembergischen Bibliotheksgesellschaft und der Baden-Württemberg-Stiftung, die neben dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Realisierung dieser Ausstellung ermöglicht haben.

Für Baden-Württemberg und weit darüber hinaus ist das, was vor 50 Jahren von den Menschen in Wyhl begonnen wurde, nicht einfach nur ein Stück Zeitgeschichte, auf deren Erfolg man romantisierend zurückblickt. Es ist vielmehr Teil einer permanent weiterzuentwickelnden verantwortungsvollen Zukunftsgestaltung, die einer lebendigen Demokratie immanent sein sollte.



Petra Olschowski
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst



Petra Olschowski

Gebiet Oberrhein





Nagold

Tübingen

Baiersbronn

Reutlingen

Horb am Neckar

Sulz am Neckar

Hechingen

Wolfach

Balingen

Rottweil

Sigmaringen

Villingen-Schwenningen

Tuttlingen

Donauesschingen

Titisee-Neustadt

Pfullendorf

Schluchsee

Singen

Schaffhausen

Bodensee

Waldshut-Tiengen

Rhein

Frauenfeld

Brugg

Winterthur

Baden

Kloten

Aare

Reuss

Limmat

Zürich

St. Gallen

Herisau

WARUM

- Versuch einer

Ortsbestimmung

Wyhl?

Wyhl [vi:l], eine kleine Gemeinde (1973 ca. 2.700 Einwohner) im Landkreis Emmendingen, 25 km von Freiburg entfernt, wurde im Zuge der Proteste gegen Atomkraftwerke zum Symbol des erfolgreichen Widerstands. Ausgangspunkt, Rezeption und Bedeutung dieses Erinnerungsortes der Demokratie werden im Folgenden näher bestimmt.

Am 19. Juli 1973 wurde über Rundfunk bekanntgegeben, dass das zunächst für Breisach vorgesehene Kernkraftwerk fünfzehn Kilometer rheinabwärts in Wyhl errichtet werden sollte. Dies war ein bemerkenswerter Erfolg für die Gegner eines Kernkraftwerks am Kaiserstuhl in einer gesellschaftlichen Atmosphäre, die sich von der Kernenergie große Fortschritte versprach. Doch am 18. Februar 1975 kam es zur Besetzung des Bauplatzes in den Rheinauen bei Wyhl durch Kernkraftgegner. Nach einer Räumung erfolgte am 23. Februar eine erneute Besetzung. In der Landtagsdebatte am 27. Februar erklärte Ministerpräsident Hans Filbinger, ohne Kernkraftwerke würden „zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen“. Komme man den Bürgerinitiativen nach, werde das Land

„unregierbar“. Nach seiner Auffassung hätten Kommunisten die Bürgerinitiativen instrumentalisiert, angeblich die Sorte von Leuten, welche am Morgen der Debatte den Berliner Spitzenkandidaten der CDU, Peter Lorenz, entführt hatten. Wenn das Beispiel von Wyhl Schule mache, sei eine gute Entwicklung des Landes nicht mehr möglich, fasste Filbinger zusammen.

Doch „Wyhl“ machte Schule. Einige Stimmen hatten bereits auf Gefahren der Kernenergie aufmerksam gemacht. Dies gilt für den Philosophen und Schriftsteller Günter Anders mit seinem Werk „Die Antiquiertheit des Menschen“ (1956), für den Physiker Karl Bechert, SPD-Mitglied und Abgeordneter des Bundestags, aber auch für den 1960 gegründeten „Weltbund zum Schutz des Lebens“ aus konservativ-völkischer Tradition. Dennoch war der Widerspruch gegen Kernkraftwerke in Deutschland die Ausnahme. Während Schaumteppiche auf den Flüssen, wilde Müllablagerungen und die Zersiedelung der Landschaft das Interesse für den Naturschutz wachsen ließen, stand die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht im Vordergrund der Sorgen.

Zu einer Diskussion, welche die globalen Bezüge des Umweltschutzes adressierten, kam es erst mit der Publikation des Club of Rome zu den „Limits to Growth“ (1972). Die Diskussion erfolgte parteiübergreifend. Das 1972 verabschiedete Grundsatzprogramm der FDP („Freiburger Thesen“) war das erste mit einem Abschnitt zum Umweltschutz, Hans Magnus Enzensberger forderte in seinem Aufsatz „Zur Kritik der politischen Ökologie“ (Kursbuch 1973) ein Aufgreifen des Themas durch die Linken, die Jungen Europäischen Föderalisten mit Jo Leinen und Petra Kelly nahmen sich 1975 mit ihrer Zeitschrift „Forum E“ des Themas an, Carl Amery fragte in „Das Ende der Vorsehung“ (1972) nach der Verantwortung der Christen, und „Ein Planet wird geplündert“ (1975) vom CDU-Abgeordneten Herbert Gruhl stand über Monate an der Spitze der Bestsellerlisten. Vielfalt und Herkunft der Stimmen zeugen von einer Offenheit der Situation.

Seit 1958 waren in der Bundesrepublik bereits 16 größere Kernkraftwerke begonnen worden und davon fünf in Betrieb gegangen, bevor es zur Bauplatzbesetzung in Wyhl kam. Der vorangegangene Protest in Breisach richtete sich gegen die Dampfschwaden der vorgesehenen Kühltürme, von denen man Nachteile für den Weinbau befürchtete, und gegen eine Forcierung des Fischsterbens durch die Einleitung warmen Kühlwassers. Auch auf eine mögliche Strahlengefährdung wurde bereits mit dem Slogan „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv“ hingewiesen. Eine Bürgerinitiative veranstaltete einen Traktorenprotest und eine Sammlung von 65.000 Unterschriften. Unterstützung fand man auch bei Freiburger Gruppen und den Kirchen. Besonderen Widerspruch riefen Beschwichtigungen offizieller Experten hervor. Die Glaubwürdigkeit der Landesregierung war für viele beschädigt.

Auch auf der anderen Rheinseite sollten Kernkraftwerke entstehen und man beobachtete den Widerspruch, welchen die Kraftwerkspläne für Fessenheim (Haut-Rhin) und Kaiseraugst (Aargau) erfuhren. Zwar wurde das Kernkraftwerk Fessenheim ab 1971 gebaut, die Pläne für ein Bleichemiewerk in Marckolsheim (Bas-Rhin) wurden aber am 25. Februar 1975 nach grenzüberschreitenden Protesten aufgegeben. So gab es mit Breisach und Marckolsheim zwei Blaupausen für den erfolgreichen Protest, und die erneute Bauplatzbesetzung im Wyhler Wald wurde bis zum 7. November aufrechterhalten. Waren die Studentenunruhen 1970 in einander bekämpfende K-Gruppen zerfallen, so gab es für Linke nun neben einem konkreten Ziel die Perspektive eines Schulterschlusses zwischen „Intelligenz“ und „Arbeiterklasse“ (hier: Landbevölkerung). Dennoch war es ein Fehler, die lokalen Bürgerinitiativen als kommunistisch unterwandert darzustellen. Der Terrorismus der RAF war zu offenkundig anderer Natur als der durch Freiburger Studierende verstärkte Protest in Wyhl, über den im Anschluss an die Tagesschau am Tag nach der Regierungserklärung verstörende Bilder gezeigt wurden.

Wesentlich für den Erfolg der Proteste waren die seit 1968 aufkommenden Bürgerinitiativen. Viele von ihnen richteten sich gegen größere Bauvorhaben oder Defizite bei Kindergärten und Schulen. In der Regel hatten sie einen lokalen Bezug. Ein Fünftel der Initiativen kämpfte gegen

Umweltschutz-Verstöße. Da Umweltschäden zumeist nicht vor Gemeinde- oder Landesgrenzen halt machen, lag die Zusammenarbeit der Initiativen auf der Hand. Am südlichen Oberrhein und am Hochrhein entstanden in der Schweiz, Frankreich und Deutschland viele Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke. Rund fünfzig französische Initiativen trafen sich am 28. Dezember 1971 in Strasbourg. Am 25. August 1974 wurde das „internationale Komitee der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen“ aus elf badischen und zehn französischen Initiativen in Weisweil (Emmendingen) gebildet. Zeitweilig umfasste es nahezu fünfzig Initiativen. In einer gemeinsamen Erklärung wurde für den Fall eines Baubeginns die Besetzung der Bauplätze in Marckolsheim und Wyhl angekündigt.

Die Bauplatzbesetzung war etwas Neues, erstmals erprobt am 12. April 1971 in Fessenheim. Als Akt des zivilen Widerstands nimmt sie den Gesetzesbruch und entsprechende straf- und zivilrechtliche Folgen in Kauf. Damit steht sie im Widerspruch zur Souveränität der gewählten Mandatsträger mit ihren Gesetzen und den Verordnungen ihrer Regierung. Inwieweit die verfolgten Ziele die gewählten Mittel moralisch rechtfertigen, ist Ermessenssache. Bei Atomanlagen sind die Schwere möglicher Schäden und die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens umstritten. Die Widerständigen beriefen sich auf Vorbilder wie Henry David Thoreau oder Mahatma Gandhi. Andernorts schreckte man später auch vor Gewalt gegenüber Personen nicht zurück. Besonders weit ging der Tübinger Lehrer Hartmut Gründler, der in Wyhl versuchte, mit Hungerstreik die Regierung zum Einlenken zu bewegen und sich am 16. November 1977 aus Protest während des SPD-Bundesparteitags in Hamburg selbst verbrannte. Zwar veranstaltete die Bundesregierung einen „Bürgerdialog Kernenergie“, doch öffnete sie sich nicht den Gegenargumenten.

Die Rechtsbrüche wurden mit der „Offenburger Vereinbarung“ vom 31. Januar 1976 zwischen den Bürgerinitiativen, der Landesregierung und dem Kraftwerksbetreiber geheilt: Für die Zusage, sich künftig auf politische Arbeit zu beschränken und den Rechtsweg einzuhalten, verzichtete die Gegenseite im Gegenzug auf Strafen und Schadensersatz und verpflichtete

sich, weitere Gutachten einzuholen. Die Bewertung und die Entscheidung über die aus den Gutachten zu ziehenden Konsequenzen behielt sich die Landesregierung naturgemäß vor. Bis der Rechtsweg ausgeschöpft war, wurde es 1981. Die Landesregierung nutzte den Sieg nicht, sondern gab das Vorhaben 1994 auf. Weder hatten sich die Prognosen zum Energiebedarf bewahrheitet, noch hätten andere Vorteile die drohenden Auseinandersetzungen gerechtfertigt. Noch dazu war am 26. April 1986 in Tschernobyl (Kiew) aufgrund ungenügender technischer Vorkehrungen und Organisationsversagen ein Reaktor sowjetischer Bauart explodiert und hatte das Vertrauen in die Atomenergie nachhaltig beschädigt.

Auch die Schauplätze der Auseinandersetzung um die zivile Nutzung der Kernenergie hatten sich verlagert. Am südlichen Oberrhein und am Hochrhein konzentrierte man sich auf die Proteste gegen den Betrieb und gegen die Ausbaupläne des Kernkraftwerks Fessenheim auf der französischen Seite. Das Kernkraftwerk in Kaiseraugst und eine Wiederaufbereitungsanlage in Gerstheim (Bas-Rhin) wurden aufgrund von Protesten nicht realisiert. Das Engagement der Atomkraftgegner in Frankreich nahm deutlich ab. An der 4. Erklärung des Komitees von Weisweil war 1991 keine französische Initiative mehr beteiligt. Auch wenn Fessenheim auf deutsches Drängen 2020 den Betrieb einstellte, plant die französische Regierung aktuell die Anzahl der Kernkraftwerke zu erhöhen, noch dazu gelten sie seit 2022 auch der EU-Kommission als klimafreundlich.

Die großen Auseinandersetzungen in Deutschland fanden gegen Kernkraftwerke in Grohnde (Hameln-Pyrmont) und Brokdorf, gegen den Schnellen Brüter in Kalkar (Kleve), gegen die Wiederaufbereitung und das (End)lager in Gorleben (Lüchow-Dannenberg) sowie gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (Schwandorf) statt. Dabei erweiterte sich nicht nur die Vielfalt der Anlagen, sondern auch das Spektrum des Protests. Standen am Kaiserstuhl zunächst wirtschaftliche (Weinbau) und allgemeine Naturschutzbelange im Fokus, so konzentrierte man sich nun auf die verschiedenen Strahlungsrisiken (Betrieb, Endlagerung, Havarien) und die besonderen Risiken der Plutoniumgewinnung (Dual Use,



Proliferation). War es in Breisach und Wyhl gelungen, den akademischen Protest aus Freiburg mit dem Unmut der ländlichen Bevölkerung zusammen zu bringen, so überwog – mit Ausnahme Gorlebens – nun der Protest junger, akademischer Kreise. Spielten weltanschauliche Differenzen in Wyhl eine geringe Rolle, so entwarf Robert Jungks „Atomstaat“ (1977) die Dystopie eines mit der Nutzung der Kernenergie einhergehenden Verlusts der Freiheiten. Dies passte zum linken Narrativ vom Polizeistaat und zum Erleben der Polizei als vielfach rücksichtslosem Gegner und verschärfte auf beiden Seiten militantes Vorgehen. Gerade wegen der Ablehnung von Gewalt gegen Personen stellten sich hingegen die Proteste gegen Gorleben in die Tradition der Proteste in Wyhl und nicht etwa derjenigen in Grohnde oder Brokdorf. Erst das Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1985 stärkte die Versammlungsfreiheit friedfertiger Teilnehmer gegenüber militanten Störern und dem Staat.

**02 – Robert Jungk: „Der Atomstaat“,
Raubdruck (1977)**

1977 listete man bundesweit knapp 1.500 Initiativen gegen Kernkraftwerke, im Jahr 2023 knapp hundert. Ihr Erfolg lag darin, dass sie meist von der politischen oder weltanschaulichen Orientierung der Teilnehmer absahen und sich auf ein Thema fokussierten, auch wenn es mit Waldsterben, nuklearer Aufrüstung und Volkszählung durchaus anschlussfähige Themen gab. Die Vielzahl der Initiativen führte zunächst zu regelmäßigen Delegiertenkonferenzen und zur Bildung von Dachorganisationen. So entstand 1972 der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), in dem bis zu 1.000 Initiativen zusammenarbeiteten. Die Diskussionen waren oft langwierig, so dass sich schlagkräftigere Organisationen herausbildeten wie 1975 der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) mit nahezu 500.000 Mitgliedern, der 2002 das Recht zur Verbandsklage gegen Planfeststellungsbeschlüsse und immissionsrechtliche Genehmigungen erhielt. Insbesondere aus rechtlichen Vergleichen sind etliche Umweltstiftungen erwachsen. Mit dem Entstehen neuer Akteure scheint eine Abnahme der Aktivitäten der Bürgerinitiativen verbunden.

Insgesamt dauerten die intensiven Proteste der Atomkraftgegner vier Jahrzehnte (von Breisach bis Fukushima). Erfolgreich wurde diese kollektive Anstrengung auch durch Störfälle, Behördenversagen, Gerichtsurteile und die Katastrophen von Harrisburg (1979, Pennsylvania), Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011), welche die Aufmerksamkeit auf die nicht heilen wollende „Strahlenswunde“ lenkten oder die Entwicklung im Sinne des Protests schlagartig beförderten. Mit der Wiedervereinigung waren die Atomkraftwerke der DDR stillgelegt worden. 2002 einigte sich die Bundesregierung mit den Energieversorgern auf einen schrittweisen Ausstieg bis 2020. Nach dem Regierungswechsel kam es 2010 zu einer Laufzeitverlängerung von zehn Atomkraftwerken bis 2024. Doch führte die Katastrophe von Fukushima 2011 eine große Bundestagsmehrheit zu einem beschleunigten Ausstieg. Ende 2022 sollten auch die drei jüngsten Atomkraftwerke ihren Betrieb einstellen, hätte nicht der erneute Überfall Russlands auf die Ukraine zum Boykott russischen Gases und Erdöls geführt. Zwar ist nur ein Streckbetrieb bis Ende April 2023 vorgesehen, doch wird bezweifelt, dass dies

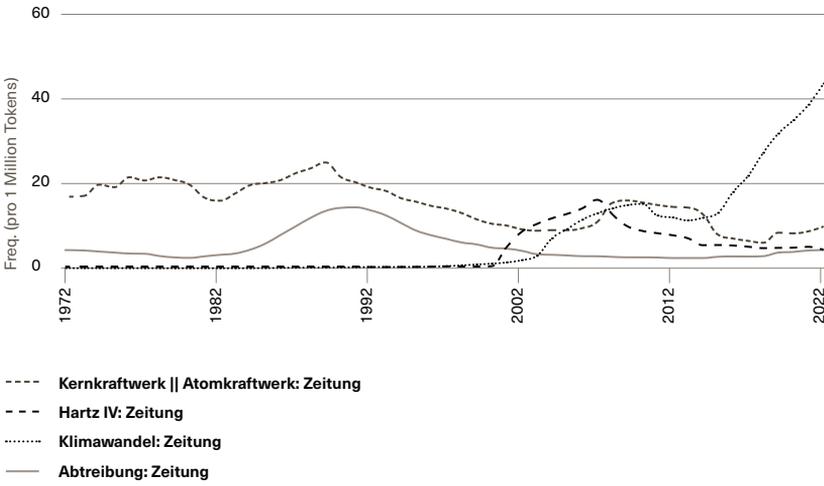
genügt, und es ist eine grundsätzliche Diskussion aufgekommen, ob wegen der Notwendigkeit, den CO₂-Ausstoß angesichts des Klimawandels schnell zu minimieren, der Betrieb von sechs Atomkraftwerken das kleinere Übel sei.

Möchte man einen Eindruck von der Aufmerksamkeit gewinnen, welche die Auseinandersetzungen um die Atomenergie fanden, so kann man große Mengen maschinenlesbarer Texte auswerten. Im Folgenden wird zum einen für deutschsprachige Bücher der Google Books Ngram Viewer und zum anderen das Korpus der deutschsprachigen Presse des Digitalen Wörterbuchs der deutschen Sprache (DWDS) herangezogen. Vergleicht man die Häufigkeit der Begriffe, „Abtreibung“, „Hartz IV“ und „Klimawandel“ sowie das Synonym „Kernkraftwerk“ bzw. „Atomkraftwerk“ in der deutschsprachigen Presse, so ist die Diskussion um die Nuklearenergie von 1973 bis 2003 das führende Thema. (Auch „Nachrüstung“, „Waldsterben“, „Volkszählung“ und „Sozialabbau“ kommen da nicht heran.)

Erstmals 2005 und dann seit 2014 mit kräftigen Zuwächsen hat „Klimawandel“ in der Presse die Diskussion um „Atom-“ bzw. „Kernkraftwerke“ weit überflügelt. Vergleicht man die Nennung der drei wichtigsten Orte der Auseinandersetzungen, Brokdorf, Gorleben und Wackersdorf, mit derjenigen Wyhls, so bleibt Wyhl bis 1990 in der Presse zwar präsent, wird aber von Brokdorf und erst recht von Wackersdorf weit überflügelt, was der zunehmenden Mobilisierung entspricht.

Kernkraftwerk || Atomkraftwerk – Hartz IV – Klimawandel – Abtreibung

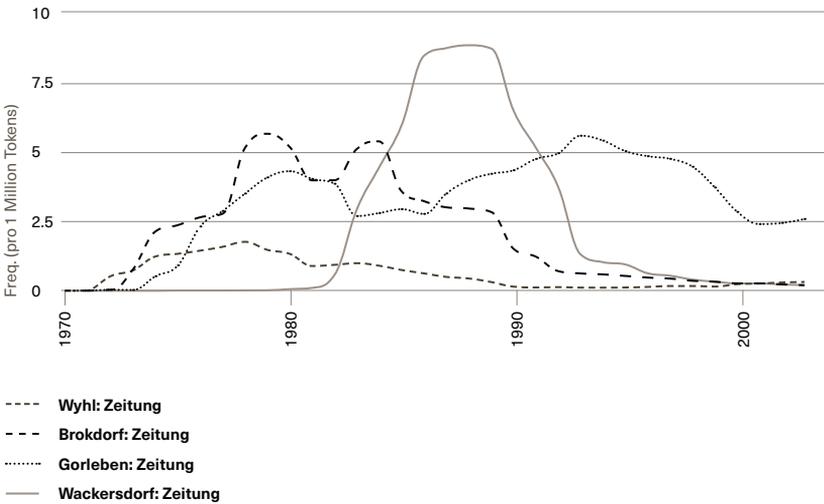
Basis: DWDS-Zeitungskorpus



03 – Worthäufigkeit in ausgewählten deutschen Zeitungen 1970 – 2003

Wyhl – Brokdorf – Gorleben – Wackersdorf

Basis: DWDS-Zeitungskorpus



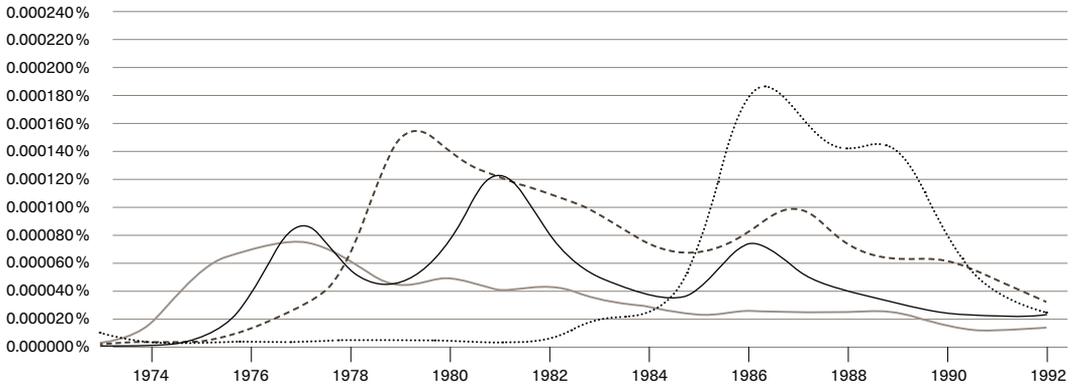
04 – Worthäufigkeit in ausgewählten deutschen Zeitungen 1972 – 2022

Google Books Ngram Viewer

Wyhl, Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf

1973-1992 German (2019) Case-Insensitive Smoothing of 0

---- Gorleben
..... Wackersdorf
— Brokdorf
— Wyhl



Der Häufigkeitsverlauf von „Gorleben“ zeigt die zähen Auseinandersetzungen im Umgang mit Atomabfällen. Bemerkenswert ist der Unterschied zu den Veröffentlichungen bei Google Books: Hier wird Wyhl im Vergleich häufiger angeführt: „Wyhl“ wird zum Synonym für erfolgreichen Protest gegen Atomanlagen.

Hierzu trug (besonders in Gorleben) die Übernahme von Protestelementen bei, die bereits von den früheren Protesten am südlichen Oberrhein und Hochrhein übernommen worden waren. Platzbesetzungen gab es vor Wyhl bereits in Fessenheim, Kaiseraugst und Marckolsheim, Blockaden (Rheinbrücken) und ein „Freundschaftshaus“ gleichfalls in Marckolsheim; selbst der Rückbezug auf hierfür geeignet erscheinende Momente der Geschichte (Bauernkrieg, Revolution von 1848 und „Wacht am Rhein“), die Verwendung des Alemannischen und die erfolgreiche Devise des Wyhler Protestes, „Jetzt awer langts – Nai hanmer gsait“, haben in Marckolsheim ihren Ursprung. Diese Rezeptur schien für die Protestierenden identitätsstiftend. Doch waren nicht alle Elemente geeignet, Schweizer oder gar Franzosen für den Protest gegen Kernkraftwerke zu gewinnen, spielen sie für deren Nationalgeschichte doch eine andere Rolle und nahm das

Elsässische als alemannischer Dialekt deutlich ab. Der Erfolg der Proteste gegen Kernkraftwerke in Deutschland und der Schweiz wurde hingegen auch durch die föderalen Strukturen begünstigt, die sich bis auf die Energieversorger erstreckten.

Zentral für das Andauern des Protests in Wyhl war das Gemeinschaftsgefühl. Dieses ist für viele Teilnehmer mit Massenerlebnissen verbunden. Durch gemeinsame Demonstrationstrecken und das Einstimmen in Sprechchöre oder Lieder wird es verstärkt. Erst recht entsteht es, wenn man sich dabei behaupten möchte (Bauplatzbesetzungen, Blockaden). Es entstanden viele Protestsongs gegen Atomkraftwerke, oft Kontrafakturen auf bekannte Lieder, aber auch eigenständige Chansons von Roland Burkhart oder Walther Mossmann. In Wyhl hat man den Zusammenhalt gestärkt, indem, wie zuvor in Marckolsheim, ein „Freundschaftshaus“, errichtet wurde und über einzelne Transparente und Flugblätter hinaus langlebige Mitteilungsblätter erschienen („Was wir wollen“, Wyhl 1974–1981; „Umwelt-Bote“, Weisweil 1975–1993). Die besetzten Plätze wurden reihum von verschiedenen Initiativen bzw. Ortschaften unterstützt. Entsprechend der Rollenteilung waren hierbei durch Beruf oder Familie weniger eingebundene Frauen und Ältere sowie Studierende besonders präsent.

Auch die visuelle Kommunikation erwies sich als erfolgreich: durch Buttons wurde der Widerstand gegen Atomkraftwerke im Alltag kenntlich, konnte zwischen Unbekannten leicht das Gespräch aufgenommen werden. Plakate dienten nicht nur dem Aufruf zu einzelnen Ereignissen, sondern auch der Identitätsbildung und Erinnerung. Die meisten Gestaltungen sind anonym, doch treten mit Hubert Hoffmann und Uta-Helene Götz auch einzelne Künstler namentlich hervor. Mit der Zeit bildeten sich eigene Ikonografien heraus: Atomkraftwerke wurden durch die Trias Schornstein, Reaktorkuppel und Kühlturm symbolisiert, wobei die Reaktorkuppel häufig als Totenschädel gestaltet war. Die „Atomsonne“ mit der Umschrift „Atomkraft, nein danke!“ wurde aus Dänemark übernommen und vielfältig variiert. Das „Nein, danke!“ war noch eine Einladung zur sachlichen Auseinandersetzung. „Nai hämmer gsait!“ „Kein Atomkraftwerk in (Wyhl) und

anderswo!“ „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!“ oder „Gorleben soll leben!“ dienten lange als Slogans. Die Proteste in Wyhl, Brokdorf, Gorleben und Wackersdorf sowie die Katastrophen von Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima wurden zu Chiffren einer eigenen Geschichte, das „Dreyeckland“ wie das „Wendland“ zu imaginierten Territorien. Für Demonstrationsaufrufe fanden Fotografien früherer Auseinandersetzungen mit der Polizei Verwendung, insbesondere die Aufnahmen von Meinrad Schwörer oder Günter Zint: je martialischer die Szene, desto notwendiger die Unterstützung. Für die Gorleben- bzw. Castor-Proteste (wie auch derzeit gegen den Braunkohletagebau) diente ein neongelbes X (für den „Tag X“).

Wie sich die Farbfotografie durchsetzte, so lösten Fotokopien und Offsetdruck die hektografierten Flugblätter und den Siebdruck der frühen Plakate ab. Auch die Presse benötigte Bilder, so dass Aktionen spektakulär wurden: massenhafte, industriell gefertigte Fahnen, Farbregie, kamerataugliche Sprecherinnen und Sprecher, Demonstrationen vor bekannten Gebäuden oder Stunts von Greenpeace und Robin Wood vor ikonischen Kulissen oder performative Aktionen (Masken, Straßentheater, geformte Menschengruppen). Die Atomproteste wurden zunehmend professionell. Kampagnen entfalten durch firmenähnliche Organisationen wie .ausgestrahlt, compact, change.org bzw. inn.it und Soziale Plattformen wie Facebook, Twitter und Pinterest leichter Wirksamkeit, wobei die Organisationen auch in die inhaltliche Arbeit eingreifen. Diese Professionalisierung erscheint ambivalent. Natürlich war es mühsam, über 13 Jahre hinweg mit einer „Volkshochschule Wyhler Wald“ mit rund 600 Veranstaltungen in Südbaden Kenntnisse zu Techniken und Risiken der Kernenergie zu vermitteln. Noch heute beeindruckt die Menge an Publikationen gegen die Nutzung der Kernenergie, angeführt von Holger Strohms „Friedlich in die Katastrophe“ (1973). Interessenverbände (BBU, BUND) und Kampagnenplattformen können zielgerichteter mobilisieren. In ihrer auch beruflichen Abhängigkeit vom Erfolg passen sie schlecht zu aufwendigem Wissensaufbau und basisdemokratischer Willensbildung. Die neuen Sozialunternehmer machen jedoch die demokratische Aufgabe der Bürgerinitiativen nicht überflüssig.

Daneben hat der Protest auch Eingang in Literatur und Kunst gefunden. Wenn Christa Wolf in der DDR mit „Der Störfall – Nachrichten eines Tages“ (1987) die persönliche und gesellschaftliche Überforderung einer Gehirnopration mit der Katastrophe von Tschernobyl (1986) engführt, oder Elisabeth Filhol in „La Centrale“ (2010) den bedrückenden Alltag von Leiharbeitern in der französischen Atomindustrie schildert, so wird mehr Problembewusstsein und affektive Beteiligung gewonnen als mit den meisten politischen Pamphleten. Problematischer scheint Gudrun Pausewangs „Die Wolke“ (1987). Das liegt an der fraglichen Eignung als Jugendbuch oder Unterrichtslektüre, ist doch eine Behandlung der naturwissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Hintergründe in der Mittelstufe kaum leistbar. Auch in Filmen bietet die Atombombe die „besseren“ Bilder. Mit dem Film „S'Weschenäscht – Die Chronik von Wyhl“ (1982) hat eine zweifelhafte Geschichtsschreibung in eigener Sache begonnen. Daneben ist das Sujet aber mit „Meltdown – Three Mile Island“ (2022) als um Neutralität bemühte, dokumentarische Miniserie zur Katastrophe von Harrisburg selbst bei Netflix angekommen.

War der Protest gegen Atomkraftwerke also erfolgreich? Es gibt eine Schätzung, wonach die Proteste in Deutschland ein Drittel der Bauvorhaben verhindert haben. Letztlich ist dies schwer zu beurteilen. Der Abbruch der Bauarbeiten in Wackersdorf 1989 war beispielsweise einem wirtschaftlich besseren Angebot zur Wiederaufbereitung aus Frankreich geschuldet. Der Betreiber fiel der Landespolitik in den Rücken. Die kritische Öffentlichkeit hat wesentlich zum sicheren Betrieb der Kraftwerke beigetragen und vermutlich war der frühe Solarboom in Südbaden ein Erfolg von „Wyhl“. Andere Aspekte fanden hingegen kein Echo, so der ‚Export‘ von Problemen durch den Import von Atomstrom, durch Uranabbau in Entwicklungsländern, durch Entsorgung strahlender Abfälle auf hoher See oder im Ausland. Dass Atomkraftwerke als Geisel genommen werden können, wie durch Russland bei seinem erneuten Überfall 2022 auf die Ukraine, hatte niemand vor Augen. „Kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo“ sollte sich nicht nur auf Deutschland beziehen, und die aktuellen Diskussionen um „Klimagerechtigkeit“ haben daraus gelernt.

Warum also Wyhl? Als Erinnerungsort wurde „Wyhl“ durch den ständigen Rückbezug der deutschen Protestbewegung auf diesen Erfolg geschaffen. Die vom Protest herbeigeführte Aufgabe des Standorts Breisach, der am 19. Juli 1973 die öffentliche Ankündigung Wyhls als neuem Standort folgte, ist das eigentliche Datum für fünfzig Jahre erfolgreichen Protest gegen Atomkraftwerke in Deutschland. Die Protestformen, welche in Wyhl von Marckolsheim übernommen wurden, dienten als Vorbilder für vier Jahrzehnte Protest. Wesentlich zu den Erfolgen beigetragen hat dabei der Schulterchluss mit der ländlichen Bevölkerung – am Kaiserstuhl wie am Niederrhein (Kalkar), im äußersten Nordosten Niedersachsens (Gorleben) wie in der Oberpfalz (Wackersdorf).

Dass Belange des ländlichen Raums wahrgenommen wurden, war ein Erfolg für die Demokratie. Wichtiger wurde die intern umstrittene Selbstrekrutierung einer neuen Generation für die repräsentative Demokratie, wie sie mit der Parteigründung der Grünen 1980 in Karlsruhe ihren Ausdruck fand. Rechtlich hat der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985 Rahmenbedingungen gesetzt, welche zur Wirksamkeit von Protesten erforderlich sind. Und mit der Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz (Art. 20a) wurde 1994 manifest, was in Deutschland insbesondere durch die Proteste und Diskussionen um die Atomkraftwerke gemeinsames Selbstverständnis wurde. Deshalb ist „Wyhl“ nicht nur ein Ort für die Protestinteressierten, sondern auch für die öffentliche Erinnerung.

Abbildungen

01:

Hubert Hoffmann: Heute Tannen, morgen wir, o. O., zwischen 1983 und 1989? WLB Stuttgart / BfZ: PSLD8/18014

02:

Jungk, Robert: Der Atomstaat [Raubdruck], Graz: Verlag Atomic Kilroy 1977 WLB Stuttgart / BfZ: D 928

03:

DWDS-Wortverlaufskurve für „Kernkraftwerk | Atomkraftwerk – Hartz IV – Klimawandel – Abtreibung“, erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache. <https://www.dwds.de/r/plot/?view=1&corpus=zeitungenxl&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=1&prune=0&window=3&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1972%3A2022&q1=Kernkraftwerk%20%7C%7C%20Atomkraftwerk&q2=Hartz%20IV&q3=Klimawandel&q4=Abtreibung> (Zugriff: 9.2.2023)

04:

DWDS-Wortverlaufskurve für „Wyhl – Brokdorf – Gorleben – Wackersdorf“, erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache. <https://www.dwds.de/r/plot/?view=1&corpus=zeitungenxl&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=1&prune=0&window=3&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1970-%3A2003&q1=Wyhl&q2=Brokdorf&q3=Gorleben&q4=Wackersdorf> (Zugriff: 9.2.2023)

05:

Kernkraftwerk, Atomkraftwerk, Hartz IV, Klimawandel, Abtreibung (Google books Ngram-Viewer) https://books.google.com/ngrams/graph?content=Wyhl%2CBrokdorf%2CGorleben%2CWackersdorf&year_start=1973&year_end=1992&corpus=de-2019&smoothing=0 (Zugriff: 9.2.2023)

VERLAGSGRUPPE PATMOS

PATMOS
ESCHBACH
GRUNEWALD
THORBECKE
SCHWABEN
VER SACRUM

Die Verlagsgruppe
mit Sinn für das Leben



Die Verlagsgruppe Patmos ist sich ihrer Verantwortung gegenüber unserer Umwelt bewusst. Wir folgen dem Prinzip der Nachhaltigkeit und streben den Einklang von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Sicherheit und Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen an. Näheres zur Nachhaltigkeitsstrategie der Verlagsgruppe Patmos auf unserer Website www.verlagsgruppe-patmos.de/nachhaltig-gut-leben

Bibliographische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie:
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2023 Jan Thorbecke Verlag
Verlagsgruppe Patmos in der Schwabenverlag AG, Ostfildern.
www.thorbecke.de

Umschlaggestaltung / Gestaltung
büro münzing – designer + architekten bda

Innenseiten Buchumschlag
Sog. „Grüne Erklärung“ des Internationalen Komitees der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, 1974
WLB Stuttgart / BfZ: Plakatsammlung Neue Soziale Bewegungen

Druck
Finidr s.r.o., Český Těšín
Hergestellt in Tschechien
ISBN 978-3-7995-1988-5

Förderer
– Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg
– Baden-Württemberg Stiftung gGmbH
– Württembergische Bibliotheksgesellschaft



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT,
FORSCHUNG UND KUNST

Baden-
Württemberg
Stiftung

WIR STIFTEN ZUKUNFT



WÜRTEMBERGISCHE
BIBLIOTHEKSGESELLSCHAFT